

Herbstkonferenz
7. November 2025 in Leipzig



Beschluss

TOP II.32

Verbesserter Schutz der am Gerichtsverfahren Beteiligten

Berichterstattung: Berlin

1. Die Justizministerinnen und Justizminister haben sich mit der Problematik befasst, dass in Gerichtsverfahren neben der unlauteren Beeinflussung von Mitangeklagten und Beweispersonen auch durch Androhung von Gewalt und unlautere Mittel versucht wird, auf haupt- und ehrenamtliche Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte Einfluss zu nehmen.
2. Sie sind der Ansicht, dass die derzeit bestehenden Möglichkeiten und gesetzlichen Regelungen, auf Versuche unlauterer Beeinflussung des genannten Personenkreises zu reagieren, vor dem Hintergrund aktuell bestehender Herausforderungen der Ergänzung bedürfen.
3. Die Justizministerinnen und Justizminister bitten die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, sich der Thematik anzunehmen und einen Regelungsentwurf vorzulegen.